

Entwurfsfassung: 27. Februar 2025

Beschluss SR: 26.02.2025 | Beschluss durch Mitglieder: 01.04.2025

Resolution der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW für Toleranz und Zusammenhalt

Präambel:

Als Netzwerk Nachhaltigkeit in Nordrhein-Westfalen bekräftigen wir als Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW unsere Verpflichtung zur Förderung einer Nachhaltigen Entwicklung und zur Umsetzung der UN-Beschlüsse zu den Sustainable Development Goals (SDGs) und der Agenda 2030. In den letzten Monaten mussten wir wahrnehmen, dass die internationalen Nachhaltigkeitsziele, die auf ein gerechtes, soziales, ökonomisches und ökologisches Wertesystem in Nord und Süd, in Deutschland und in unseren Kommunen ausgerichtet sind, durch rechte Populisten unter Druck geraten, um unsere Gesellschaft zu spalten, Menschenrechte einzuschränken und jegliche wissenschaftliche Erkenntnis zum anthropogen erzeugten Klimawandel zu leugnen. In unserer Verpflichtung gegenüber einer Nachhaltigen Entwicklung, die auf dem Fundament einer humanistischen und wissenschaftlichen Grundordnung besteht, verurteilen wir entschieden jede Form des demokratiefeindlichen Populismus und Rassismus sowie der Verfassungs- und Fremdenfeindlichkeit und verpflichten uns, aktiv gegen die Ausgrenzung von Minderheiten und die Verletzung von Menschen- und Naturrechten vorzugehen.

Resolution:

1. **Klarstellung der Position:** Die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW und ihre kommunalen und zivilgesellschaftlichen Mitglieder distanzieren sich ausdrücklich von jeglicher Form des Rechtspopulismus und Rassismus. Wir stehen für eine offene, tolerante und inklusive Gesellschaft, in der Vielfalt und Respekt zentrale Werte sind.
2. **Proaktives Engagement:** Wir verpflichten uns, auf allen Ebenen der politischen Debatte und des gesellschaftlichen Dialogs aktiv einzutreten, wenn Minderheiten ausgegrenzt oder Menschenrechte verletzt werden sollen. Dies umfasst die Teilnahme an öffentlichen Diskussionen, die Organisation von Informationsveranstaltungen und die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, die sich für die gleichen Ziele einsetzen.

3. **Verpflichtung zur Nachhaltigkeit und den Sustainable Development Goals (SDGs):** Die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030, die von den Vereinten Nationen verabschiedet wurden, bilden den Rahmen für unser Engagement. Insbesondere SDG 4 (Hochwertige Bildung), SDG 5 (Geschlechtergerechtigkeit), SDG 10 (Weniger Ungleichheiten) und SDG 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen), verpflichten uns, gegen Diskriminierung und Ungerechtigkeit vorzugehen und für eine friedliche und inklusive Gesellschaft zu arbeiten.
4. **Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt:** Mit dieser Resolution und unserem konsistenten Handeln wollen wir auch einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten. Dies umfasst die Förderung von Verteilungsgerechtigkeit, Integration und die Anerkennung unterschiedlichster Lebensmodelle. Das Selbstverständnis und die Arbeit der LAG 21 NRW sind darauf ausgerichtet, insbesondere künftigen Generationen eine intakte Umwelt zu hinterlassen und somit eine nachhaltige und gerechte Zukunft zu sichern.
5. **Aufruf zum Handeln:** Wir rufen alle Mitglieder und Partner*innen der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW sowie die gesamte Zivilgesellschaft auf, sich aktiv an der Umsetzung dieser Resolution zu beteiligen. Gemeinsam können wir eine nachhaltige und gerechte Zukunft gestalten. Verbunden hiermit ist, dass die LAG 21 NRW auf keiner Ebene mit Parteien, Institutionen, Verbänden, Vereinen und Privatpersonen zusammenarbeiten wird, die rassistisch, verfassungs- und fremdenfeindlich sind.

Begründung: Die Verpflichtung zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21 und der UN-Beschlüsse zu den Sustainable Development Goals sowie der Agenda 2030 erfordert ein klares Bekenntnis zu den Werten der Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Menschenrechte. Rechtspopulismus und Rassismus stehen diesen Werten diametral entgegen und gefährden den sozialen Zusammenhalt und die Nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft. Daher ist es unsere Pflicht, entschieden gegen solche Tendenzen vorzugehen und für eine inklusive und gerechte Gesellschaft einzutreten.